

Politik

Während in Berlin die deutsche Nation abgefeiert wurde, demonstrierten in Büren über 1.500 Menschen gegen den dortigen Abschiebeknast.

Seite 4

Rezension

Neu erschienen:
Ideologiekritische Studie über Genese und Sein des Antisemitismus und deutsche Arbeit.

Seite 3

Hochschule

Eigentlich gibt es bereits eine europäische Studivertretung. Die ist aber nicht im Internet gewählt. Deshalb will die Initiative EU-studentvorteile einspringen.

Seite 2

<http://bo-alternativ.de>



Is wieder mal Krieg

Terror für die Zivilisation

Kabul/Belgrad: US-Flugzeug abgeschossen, Washington dementiert. Washington: Rumsfeld bestätigt chirurgische Präzision. Berlin: 100.000 Kollaterale Opfer für den Frieden. Bush: Angriff gegen die Zivilisation.

Auch und gerade am Stammtisch gilt es Maß zu halten, wenn militärische Operationen eingeleitet werden. Die äußerste Skepsis, die gegenüber der Propagandamaschinerie angesagt ist, sollte dabei weniger den eintrudelnden Informationen als vielmehr den InformantInnen entgegengebracht werden.

Wer informiert wen, warum und wann mit welcher und über welche Lüge?

Gerade wenn ein Krieg von seiner propagandistischen Vorbereitung in die versprochene heiße Phase überführt wird, beginnt die eigent-

liche Desinformations-Kampagne. Spätestens nach der Zerbombung Serbiens dürfte klar sein, dass in den ersten Tagen solcher von Generalstäben und PR-Agenturen vorbereiteten Kriege überhaupt keine gesicherten Informationen erreichbar sind. Um sich einen groben Überblick zu verschaffen, bleibt also nur das Auffinden offensichtlich widersprüchlicher Darlegungen der sogenannten „Kriegsberichte“ von KorrespondentInnen „vor Ort“ (die Typen mit den Telepromptern, welche von den Heimat-Redaktionen upgedatet werden) sowie die Kunst, die zahllosen „ExpertInnen“ geflissentlich zu ignorieren. Allein, seitens „beteiligter“ Regierungen wird gerade deren experimentellem Interpretieren verdächtig viel Beachtung geschenkt.

Wie sehen nun diese Widersprüche einer unsauber abgestimmten Propagandakampagne aus? „Der Irak ist kein aktuelles Ziel“ amerikanischer Angriffe, sagt Kampfrichter Powell, „auch nicht ... um alte Rechnungen zu begleichen“. Man möchte wissen, wie die Frage lautet, die er damit abblockte. Nach allem, was man mir bislang via TV darlegen wollte, befindet sich Bin Laden nicht im Irak. Ginge es dagegen tat-

sächlich um „alte Rechnungen“, geht die Frage retour, ob ein Zusammenhang zwischen „Hitler“ Saddam und Bin Ladens „Netzwerk des Terrors“ besteht, außer dass beide auf höchst verätherische Weise Hakennasen im Gesicht zu tragen wagen.

A propos Hitler: Saddam Hussein war einer, Milosevic war auch einer, aber Bin Laden nicht? Kann doch gar nicht sein, dass dieser „Völkermörder“ [O-Ton: George Bush jr. am Tag des Angriffes auf das WTC] nicht jene zweifelhafteste Adelung erhält. Vielleicht haben wir es hier mit einer gesteigerten Variante des falschen Vergleichs zu tun: Ab jetzt werden „die Bösen“ nicht mehr auf Hitlers Stufe gestellt, vielmehr wird Hitler dem Antichristen Bin Laden standhalten müssen. Besser werden solche Plattheiten damit nicht, aber wetten würd' ich schon drauf, dass sattsam bekannte rechte Kulturrevolutionäre diese Schiene des praktischen Geschichtsrevisionismus resp. -revanchismus aufturn. Darauf ein kräftiges „Prost, Prost, meine Herr'n!“

Gong auf den Turban

Ok, ok! Diese Taliban brauchen wirklich 'nen Gong auf den Turban; aber welcher Krieg wurde je so präzise durchgezogen, dass die Bevölkerung unbeschadet blieb? Die Führung mit und unter den Nazis - sei es die wirtschaftliche, militärische oder politische - kam mit wenigen Kratzern davon, an dieser Stelle unbenommen der Frage, ob nur die „Führung“ für Shoa und Krieg verantwortlich war. Husseins Clique überstand die Operation „Wüstensturm“ auch recht locker,

wenn man vom psychischen Schaden absieht, der sich bei solchen Säcken angesichts einer Million ziviler Opfer einstellen könnte. Wenn dann der afghanische Vize-Außenminister nach der ersten Angriffsnacht sagt: „Ätsch, nicht getroffen, wir leben noch“, neige ich demütigst den Kopf vor Gott oder Allah, und seinen Majestäten Bush, Blair, Chirac und vielleicht auch dem Schröder und erbitte untertänigst Antwort auf die dummsten Fragen: „Wer ist denn stattdessen gestorben?“ Und außerdem stellvertretend für's deutsche Gemüt: „Wieviel Steuern verschlingt das?“ Und für meine eigene misstrauende Seele: „Ist Nicht-rauchen wirklich wehrkraftersetzend?“

niemand, nichts, nein

Die Antworten der Erläuterten wären ebenso falsch wie auch richtig und lauteten in dieser Reihenfolge: 1. Niemand, 2. nichts, 3. nein.

Ich ergänze aus Erfahrung die hypothetischen Antworten:

Erstens: Nach heutigem Erkenntnisstand ist „niemand“ kollateriert worden.

Zweitens: Nach Abstimmung des Bundestages wird im Bundeshaushalt „nichts“ von den zu erhöhenden Steuern direkt in den „Verteidigungs“-Etat fließen.

Drittens: „Nein“, ergibt sich zwingend aus Zweitens.

**... Fortsetzung auf
Seite 3**

Uni-Pressesprecher ist sauer Gekränkter König

Eigentlich genießt die Pressestelle der Ruhr-Uni einen guten Ruf, sie gehört zu den professionelleren im Hochschulland. Diesen Ruf versucht nun der Chef der Pressestelle, Dr. Josef König, selbst zu ruinieren. In der Oktober-Ausgabe der RUBENS polemisiert er gegen den AStA und die studentische Fraktion im Senat - doch dabei hat er nicht nur zu wenig recherchiert, sondern zeigt auch, wie schlechte Krisen-PR aussieht.

Pressestellen haben natürlich nicht die Funktion, möglichst neutral über Vorgänge zu berichten: Ihr Job ist Public Relations, also ein möglichst tolles Bild in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Da das Rektorat der Ruhr-Universität immer wieder gerne als reformfreundige Universität verkaufen will, hilft die Pressestelle natürlich mit der entsprechenden Arbeit. Hier wird jenes Reformprojekt hochgelobt, dort ein revolutionärer Studienausweis, die Presse schreibt schön ab und alle sind froh und glücklich. Soweit die Wunschwelt der PR - doch hier und da gibt es ein paar NörglerInnen, die dieses glamouröse Bild der Reform-Uni verschandeln wollen - mit berechtigter

Kritik an den Reformprojekten. Kein Problem für gewitzte PR-StrategInnen, denn dafür gibt es Krisen-PR, die jede Kritik zurückweist.

schlechte Rhetorik

Doch hier beginnen die Probleme: Die Pressestelle beherrscht keine Krisen-PR, um die Spannungskurve der kritischen Situation abzubauen. Statt die üblichen Wege zu gehen und vielleicht mal den einen oder anderen kleinen Fehler zuzugeben, den „Gegner“ zu umarmen oder andere Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, beschimpft König den AStA, die studentische Fraktion im Senat und auch die bsz.

Der Artikel in der RUBENS vom 1. Oktober beginnt folgendermaßen: die Kampagne des AStA ziele „unter die Gürtellinie“, von „diffamierenden Äußerungen“ und „gezielter Desinformation“ ist die Rede. Doch wo diffamiert wird und was gezielte Desinformation ist, darüber schweigt der Pressestellen-Leiter. Gut, der AStA hatte in einer Pressemitteilung „komplettes“ Chaos befürchtet; dazu ist es nicht gekommen, dank dem immensen Einsatz der StudienberaterInnen und der Beratung durch AStA und Fachschaften, aber chaotisch war es dennoch. So war am Anfang nicht klar, welche Fächer eigentlich gestuft studiert werden können, denn trotz Antrag hatten

es die Fächer Musikwissenschaft, Archäologie und Frühgeschichte nicht ins neue Bachelorsystem geschafft, andere Fächer, wie Politik Japans wurden einfach vom Unisekretariat unterschlagen: obwohl es sie gab, wurde den Erstis die Information gegeben, es gäbe dieses Fach nicht. Und das ist, ohne diffamierend oder desinformierend zu sein, einfach Chaos.

Doch es ging noch weiter: Der AStA hatte immer darauf aufmerksam gemacht, dass für die neuen Studiengänge keine gültige Prüfungsordnung vorliegt. Das sei Usus, berichtete König: Dies werde vom Ministerium toleriert. Gegen geltendes Recht zu verstoßen wird allerdings keinen Deut besser, nur weil es ein Ministerium toleriert. Für die Rechtssprechung ist

**... Fortsetzung auf
Seite 2**

Anzeige

Poldi indoktriniert

„Ich wünsche mir Galactica, vom fernen Stern Andromeda ... den politischen Dienst.“ Und da vom ASTA jeder galaktische Wunsch wie ein Befehl erhört wird, gibt es in diesem Semester jeden Dienstag eine politische Veranstaltung im Kulturcafé. Die verschiedenen inhaltlichen Referate haben einige Informations- und Diskussionsrunden organisiert, zu denen alle herzlich eingeladen sind. Den Anfang wird die Vorführung eines Filmes einer Gruppe aus Wuppertal bilden, der während des letzten Castortransportes nach Gorbelen gedreht wurde. Er beleuchtet die Vor-kommisse während dieses Transportes ein wenig genauer als dies die bürgerliche Presse getan hat. Anschließend wird noch die Möglichkeit bestehen, mit den MacherInnen des Filmes zu diskutieren. Alle Veranstaltungen werden um 20.00 Uhr beginnen. Näheres zu den einzelnen Veranstaltungen könnt ihr auch wöchentlich den höchst informativen Terminankündigungen auf Seite drei der BSZ entnehmen.

Rasterfahndung an der RUB beginnt

Nach Angaben des Kanzler der Ruhr-Universität wurde die RUB am Montag von den Innenbehörden darüber informiert, dass die Uni noch in dieser Woche zur Herausgabe der Daten bestimmter ausländischer Studis, wahrscheinlich männliche Studis technischer Fächer aus arabischen/„islamischen“ Ländern, aufgefordert wird. Im Rücken haben die StaatsschützerInnen dabei eine bereits letzte Woche getroffene richterliche Anordnung des Amtsgerichts Düsseldorf, in der die nordrhein-westfälischen Unis zur Bereitstellung der Daten verpflichtet werden. Bereits am 1. Oktober hatte das NRW-Wissenschaftsministerium die Universitäten und natürlich auch die RUB zur Unterstützung der Rasterfahndung aufgefordert.

Nach Angaben des RUB-Kanzlers Möller ist die RUB noch nicht darüber informiert, wonach die StaatsschützerInnen genau fragen werden. Von dem genauen Inhalt der richterlichen Anordnung ist nach seinen Angaben auch das weitere Vorgehen der RUB abhängig, so dass noch viele Fragen offen seien. So werde etwa darüber nachgedacht werden müssen, ob Rechtsmittel gegen die richterliche Anordnung möglich und sinnvoll seien. Bezüglich der Möglichkeiten, gegen die Anordnung vorzugehen, zeigte Möller sich skeptisch, insbesondere da sie wohl alle keine aufschiebende Wirkung hätten. Die Herausgabe der Daten ist insofern wohl nicht mehr zu verhindern.

Zu der Frage, ob die betroffenen Studis wenigstens über ihre Erfassung informiert werden bemerkte Kanzler Möller er „vermute mal nicht“. Dies sei aber auch eine Frage der Anzahl, schließlich sei es leichter 10 Studis zu informieren als 1.000. Ausschließen konnte er hingegen, daß die RUB die Religionszugehörigkeit der Studis überhaupt gespeichert hat.

Unterdessen wächst der Widerstand der StudentInnenvertretungen gegen die Rasterfahndungsmaßnahmen. Die StudentInnenschaft der Berliner Humboldt-Universität (HU) hat den Berliner Polizeipräsidenten angezeigt und verlangt als Vertretung der erfassten StudentInnen Einsicht in die Akten der Behörden. Des weiteren fordert sie die Leitung der HU auf, endlich einen Senatsbeschluss umzusetzen, demzufolge die Betroffenen Studis von der Uni informiert werden sollen. Auch der ASTA der Potsdamer Uni will sich weiter bei der Unileitung für die Information der erfassten Studis einsetzen. Besonders beunruhigt zeigte sich eine Sprecherin des Potsdamer ASTA über eine Meldung des ORB, derzufolge auch Personen gerastert werden sollen, die den bei der ersten Rasterung erfassten ausländischen Studis nahestehen. Auf Nachfragen des ASTA Potsdam wollte der ORB diese Meldung nicht bestätigen. In NRW erwägen die ASTen der Universitäten Münster und Duisburg Klagen gegen die Herausgabe der Daten durch ihre Universitäten. In Aachen erwägt die Fachschaft Philosophie inzwischen eine Klage gegen das dortige StudentInnenwerk, dessen Geschäftsführer sie vorwirft, die Daten arabischer Studis in vorausseilendem Gehorsam freigegeben zu haben.

Einer Resolution gegen die Rasterfahndung an den Universitäten haben sich inzwischen neben dem studentischen Dachverband fzs StudentInnenvertretungen aus 20 deutschen Städten angeschlossen.

FSVK fiel aus

Die für diese Woche Montag vorgesehene Sitzung der FachschaftsvertreterInnenkonferenz (FSVK) wurde um eine Woche auf Montag, den 15.10 verschoben, um den FachschaftsvertreterInnen die Teilnahme an der zeitgleich stattfindenden Demo „gegen den Krieg“ zu ermöglichen. Einem Aushang zufolge gingen die anwesenden FachschaftsvertreterInnen geschlossen zur Demo. Zuvor gratulierten sie dem FSVK-Sprecher Dominik zum 28. Geburtstag.

Wahlen, die keineN interessieren EU-studentvote sucks

Seit März diesen Jahres erhielten Einzelpersonen, Studiorganisations, Ministerien (!) u.a. Infomails von einer Organisation namens EU-studentvote. Dieser Name bezeichnet ein Projekt, welches im letzten Jahr von dubiosen, selbsternannten „think tanks“ wie NewEuropeans 2020, Prometheus-Europe, Europe 2020, dem im Bereich der Online-Wahlen weltweit führenden Unternehmen election.com, und einigen französischen WissenschaftlerInnen, mit massiver Unterstützung der EU ins Leben gerufen wurde. Weiterhin als GründerInnen genannt: die europäischen StudentInnen. Schön zu wissen – doch was soll das Ganze?

Ziel soll die Wahl eines „europäischen Studierendenrates“ sein, gewählt im Internet und als vermeintliche Instanz zwischen EU-Institutionen und StudentInnen. Ein eigentlich überflüssiges Unternehmen, denn einen solchen „Rat“ gibt es in etwa schon, wenn auch ungleich kritischer und politisch non-konformer als die von EU-studentvote vertretenen Positionen. Dies dürfte auch einer der Gründe sein, weshalb dessen Existenz schlichtweg ignoriert wird. Im Unterschied zu EU-studentvote vertritt Esib – der europaweite Zusammenschluss verfasster StudentInnenschaften in Europa, in welchem der deutsche Verband fzs organisiert ist – auch StudentInnen aus nicht EU-Ländern. Der Ausschluss dieser StudentInnen wird mit der schlichten Bemerkung, das Projekt drehe sich um die Hochschulpolitik der EU, weshalb auch nur in der EU Studierende teilnehmen könnten, abgetan. Davon, dass nicht jeder Studi über einen Internetzugang verfügt, einmal ganz zu schweigen.

Die Gründe für das Projekt sind denn auch andere, einen Hehl macht man daraus nicht. Denn man sieht EUSV auch als eine technologische Demonstration und die Wahl als einen wichtigen Test auf dem Weg zu einer Kommerzialisierung des europäischen Internets. So

wird das Ganze nicht nur von der EU-Kommission im Hinblick auf zukünftige europäische Wahlen im Internet unterstützt, sondern neben election.com auch von Wirtschaftszeitungen, dem europäischen Rüstungskonzern EADS und anderen Unternehmen. Die politische Stoßrichtung wird deutlich, wenn man sich die politischen UnterstützerInnen betrachtet: Von Jacques Chirac über Tony Blair, bis hin zu Bundespräsident Johannes Rau und Bundeskanzler Gerhard Schröder reicht die Liste der Begeisterten, die von neuem Atem für die alternativen Demokratien sprechen.

Mehr Demokratie?

Pathetisch preist sich EUSV als „die größte jemals durchgeführte europäische Aktion bürgerlicher Legitimität, die Methoden einer gemeinsam europäischen Demokratie von morgen zu finden“, da Kandidatur und Wahl die einzige existierende bürgerliche Legitimität sei, um eine legitime Machtausübung zu erreichen“. In der Praxis nimmt man es anscheinend nicht so genau. Einerseits kritisiert man die geringe Beteiligung bei den Wahlen zu den verfassten StudentInnenschaften in Europa (z.B. angebliche 7% in Frankreich), andererseits hofft man auf eine Million WählerInnen, denn dann, so die OrganisatorInnen, sei das Projekt erfolgreich legitimiert. Bei 25 Millionen StudentInnen in Europa heißt das 4% Wahlbeteiligung, wie originell. Genauso wenig originell wie das ganze Unterfangen, an den Studierenden und ihren Organisationen vorbei ein Gremium zu etablieren, das die EU-Hochschulpolitik billigt bzw. unkritisch mitträgt. Denn davon ist auszugehen, da nach Planung von EU-studentvote die Wahlen in Zukunft „den öffentlichen Institutionen (Kommission, Ministerien, Universitäten) sowie den StudentInnen (in dieser Reihenfolge!)“ übertragen werden sollen.

Beruhigen kann einen da ein Blick auf – wie könnte es bei einem solchen Projekt auch anders sein – die Website. Ursprünglich für den November diesen Jahres geplant, soll die Wahl nun erst im März 2002 stattfinden. Offensichtlich haben die OrganisatorInnen diverse Probleme, so rühmt man sich zwar aufgrund der Anzahl der WebseitenbesucherInnen eines enormen Interesses der Studen-

ten, Beiträge sind in den verschiedenen Rubriken und Foren aber eher Mangelware. Wenn überhaupt Texte vorliegen, so handelt es sich bei diesen um Informationen der VeranstalterInnen selbst, zudem sind diese oft nur in französischer Sprache abgefasst. Und dies, obwohl bereits vor einem halben Jahr angekündigt worden war, die Seite stünde in naher Zukunft in 14 europäischen Sprachen zur Verfügung. Die Wahl soll schon im Frühjahr stattfinden, aber bisher existiert lediglich eine als Modell vorgestellte Liste. In einer Woche will man nun die ersten neun Vorlisten online setzen. Deren politische Forderungen werden vermutlich genauso spannend sein, wie EU-studentvotes Anfrage der Woche an ihre engagierten UnterstützerInnen. Ja, ist es nun wichtiger, die Anzahl europäischer und lokaler Stipendien zu erhöhen oder eine Harmonisierung der Abschlüsse voranzutreiben? Nicht, dass eine Kritik der herrschenden Verhältnisse nicht notwendig wäre – natürlich hat man dies auch bei EU-studentvote erkannt, sogar eine eigene Rubrik hat man eingerichtet für „Studenten, die die Geschichte verändern“. Denn in „Ländern, in denen es kaum politische Parteien oder andere Gruppierungen gibt und Politiker selbstverständlich über die Köpfe ihrer Bevölkerung hinweg Entscheidungen treffen, können Studenten eine wichtige demokratische Rolle spielen.“ Aha.

Dies sieht man in der EU offensichtlich nicht für gegeben. Merke: Studi-proteste gegen politische Verhältnisse sind angemessen, ja sogar unterstützenswert in ihrem Kampf für Freiheit und soziale Gerechtigkeit, sogar der Sturz von Regierungen durch Studis ist zu bejubeln. Aber natürlich nicht überall, wo kämen wir denn sonst hin? Legitime Orte waren bzw. sind Belgrad, Peking, Teheran, Lagos, Džakarta, Rangoon etc. lernen wir. Soso ... da sind wir ja beruhigt.

jas



... fortgesetzt von Seite 1

Pressestelle

nun mal nicht das Wissenschaftsministerium zuständig, sondern die Gerichte und ob diese einen offensichtlichen Rechtsbruch durch die Unileitung akzeptieren, ist (noch) offen.

Recherche mangelhaft

Doch nicht nur im Stil der Anfeindungen erweist sich Königs Elabarat als recht polemisch: Ungewöhnlich schlecht recherchiert sind die Hintergründe auch noch. Dass der ASTA als politische Vertretung im Senat gegen die Einführung gestufter Studiengänge gestimmt habe, ist sachlich falsch: Die studentische Senatsfraktion ist nicht der ASTA, sondern wird extra gewählt und besteht aus aktiven FachschafterInnen, die in keiner Weise vom ASTA bestimmt werden. Dann heißt es weiter, der ASTA behaupte, dass das Nicht-Vorhandensein von Prüfungsordnungen gegen das HRG (Hochschulrahmengesetz) verstoße. Auch das hat nie jemand behauptet, es ging immer um das Hochschulgesetz NRW, Paragraph 84, nur mal so zum Nachlesen.

keinem wird geholfen

Mit dem stilistisch miesen und schlecht recherchierten Text hat der Pressesprecher niemandem einen Gefallen getan. Seit Jahren versucht die Ruhr-Universität die gestuften Studiengänge einzuführen und von Anfang an betätigt sich die Pressestelle als behördlich organisierte

Jubelstelle. Wer über Jahre hinweg die Probleme unter den Teppich kehrt, muss sich nicht wundern, wenn er eines Tages über die Wellen im Teppich stolpert.

nicht das erste Mal

Doch dieses Verhalten ist nicht neu. Auch bei der Auseinandersetzung um die Chipkarte erwies sich König als ausgesprochen schlechter Verlierer. Der ASTA hatte im November 2000 die Landesbauaufträge für den Datenschutz angerufen, da die Unileitung den Chipkartenausweis zur Regel werden lassen wollte – ohne die Datenschutzbestimmungen zu beachten. Daraufhin veröffentlichte die Pressestelle eine Pressemitteilung, in der sie dem ASTA schlechten Stil und „mit falschen Behauptungen“ zu agieren vorwarf. Doch die Datenschutzbeauftragte gab

dem ASTA Recht, die Regelungen wurden überarbeitet und jetzt liegt eine der datenschutzfreundlichsten Regelungen in den Schreibtischen der Univerwaltung, die nur noch verabschiedet werden muss. Schon damals zeigte sich also der Hang der Pressestelle, auf berechnete Kritik überzureagieren und mit Kritik nicht konstruktiv umzugehen, sondern diese zu diffamieren, andere bewusst zu desinformieren und manchmal auch unter der Gürtellinie zu argumentieren. Und das ist Öffentlichkeitsarbeit von vorgestern, die nun so gar nicht zu der reformbereiten Universität passt. Und wenn Herr König zum Schluss noch die Demokratie beschwört und argumentiert, der ASTA sei ja nur von 6% der Studierenden gewählt, dann ist das zwar richtig, aber eben ein Totschlagargument. Immerhin: Der Rektor wurde nur von 0,02 Prozent der Studierenden gewählt und Herr König sogar von 0,00 Prozent aller Studierenden. Demokratie, ick hör' dir trapsen.

Hans Ertel

Anzeige

Schon wieder Krieg

Der Ansatz, Schlimmeres sei zu verhüten, verblasst vor der Tatsache, dass der Angriff spontan weitere Kreise zieht: Pakistan steht vor der Zerreißprobe und droht in einem Bürgerkrieg unterzugehen. Die Konsequenz wäre folgerichtig, Pakistan am Rande mitzuerlegen, bevor die Mufitis an die Atombombe rankommen. Trotz aller Bauernschläue kann man den beteiligten Kommiss-Köpfen kaum die instrumentelle Vernunft absprechen, diesen „worst case“ nicht in die Rechnung einzubeziehen.

Auch das irakische Regime meldete sich innerhalb der ersten Stunden des Krieges eindeutig ablehnend zu Wort, was ebenfalls militärisch einzuplanen ist.

Zu hinterfragen ist auch das Motiv der Rache, die nach dreiwöchigem Medien-Terror fast als eine Selbstverständlichkeit „zu vollziehen“ ist. Psychologisch betrachtet ist sie unter der Einschränkung zu analysieren, dass ein Opfer so viel beachtet und auch in dem Maße gerächt werden „muss“, wie es als wirtschaftlicher Verlust mit den Nebst ihm zu Staub zerfallenen Gebäuden und damit in Tonnen Bauschutt auszurückenden Zahlen (Aktiensturz und Verzugszinsen incl.) wahrgenommen und schlussendlich aufrechenbar ist.



Demzufolge sind 5000 bis 6000 Opfer auf der einen Seite mit etwa 5 bis 6 Millionen Opfern auf der anderen Seite aufzuwiegen, womit wir uns in der Nähe einer religiösen Auffassung befinden, die Christenköpfe, Zwirbelhaar- und Vollbartträger, sowie alle von vorherrschenden monotheistisch-traditionellen Gewaltvorstellungen infizierten jeglicher abendländischer Kultur verstehen können: „Mein ist die Rache, spricht der Herr, und sie währet ewiglich!“

Nationalstaatsflaggenproduktion

Ökonomisch gesehen macht der ganze Quatsch wenig Sinn. In Afghanistan gibt's keine Konkurrenten vom Weltmarkt zu schubsen und auch sonst nix Lohnenswertes zu holen, sieht man davon ab, dass eine Militärbasis in der Region Garant für Einflüsse auf Erdölorkommen ist und auch die nationalstaatsflaggenproduzierende Industrielobby weltweit einen Aufschwung zu erwarten hat: Diese ist nämlich eng mit dem Textilgewerbe verflochten, welches es gar nicht gerne sieht, dass wertvolles und für die Nationalstaatsflaggenproduktion unabdingbares Ackerland für den Anbau von Rauschmitteln missbraucht werden, worauf – und hier schließt sich der Kreis – die CIA ein Monopol besitzt, wie man seit der Iran/Contra-Affäre weiß. (Abgesehen davon, dass die Flaggenindustrie profanerweise frische, unverbrauchte Staaten und Regime mit Kussband begrüßt; und was hat das Internationale Olympische Komitee eigentlich damit zu tun?).

Am Verschwörungstheoretischen Kaffeesatzlesen

in der Frage, warum dieser Krieg letztlich geführt wird, möchte ich mich nicht weiter beteiligen, geschweige denn habe ich eine adäquate Einschätzung parat als die von Ch. Hesse anlässlich des Kosovo-Krieges geäußerte, dass auch „der nächste Krieg unter moralischen Vorzeichen geführt wird“.

Denn mindestens wird die Kategorie „Gut gegen Unzivilisiert“ aufgemacht. Und dies leuchtet im konkreten Falle auch ein: Jeder Krieg wird moralisch geführt. Die amerikanische Bischofskonferenz (oberste Repräsentanz einer christlichen Bewegung) hat vor zwei Wochen prophylaktisch allen Verantwortlichen Absolution erteilt.

Außerdem ist das Gegenteil von zivilisiert – wie mein Lateinlehrer weiß – barbarisch, im Wortsinne also „bärtig“, was auf jeden Taliban-Muffkopp eindeutig zutrifft. Wer will da noch widersprechen?

Als „Mahnung zur Besonnenheit“ zitiere ich im Kampf gegen Alzheimer und sonstiges Vergessen abschließend an die Adresse Otto Schilys und Joseph Fischers bezüglich der innenpolitischen Entwicklung, die sie „in Folge der schrecklichen Attentate, die uns alle betroffen machen“, forcieren. Richtig muss es heißen: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ Das Komma in diesem Teil des Schwurs der Kämpfer des KZ Buchenwald, welche sich selbst befreit haben, und aller anderen KZ-Überlebenden steht für „und“, nicht für „oder“.

Jörch Schönewerk

Studie über Antisemitismus in Deutschland Deutscher Arbeitswahn

Antisemitismus verrät uns nichts über die Juden, aber eine Menge über die Kultur, die sie hervorbringt, denn der Antisemitismus liefert mitnichten eine „Antwort auf objektiv bewertetes jüdisches Handeln ... der Antisemitismus speist sich aus kulturellen Quellen, die unabhängig von Wesen und Handlung der Juden sind.“ so formulierte es Daniel Goldhagen (Goldhagen, Daniel, Hitlers willige Vollstrecker. München 1996. S. 59). Die vor kurzem erschienene Studie Freiheit und Wahn deutscher Arbeit von Holger Schatz und Andrea Woeldike versucht, die historische Genese des Antisemitismus in Deutschland, die in der Vernichtung von Millionen Juden im Nationalsozialismus gipfelte, nachzuzeichnen und beschreibt darüber hinaus, wie wirkungsmächtig der Antisemitismus auch heute noch in Deutschland ist.

Den AutorInnen geht es dabei zunächst einmal darum, zu zeigen, dass zum einen die Deutschen dem Nationalsozialismus nicht trotz dessen Antisemitismus sondern auch aufgrund desselben zustimmten. Denn „die Zustimmung zum nationalsozialistischen Wirtschaftskonzept (beinhaltet) eine Zustimmung zu einem ganz bestimmten Konzept von ‚Arbeit‘ und ‚Volk‘, ... das längst vor dem Dritten Reich immanent antisemitisch gewesen ist“ (aus dem Vorwort, S. 7f.). Andererseits legen sie dar, dass Antisemitismus keine „Erfindung“ der NationalsozialistInnen war, sondern sie zeichnen die Entwicklung des Begriffs der spezifisch ‚deutschen‘ Arbeit, der sich besonders seit Mitte des 19. Jahrhunderts etablieren konnte, seit der Reformen und den Schriften besonders von Martin Luther nach.

Von Luther ...

Schon Luther beschrieb die Juden früh als Schmarotzer, denn sie „faulenzten, pompen und braten Birnen, fressen, saufen, leben sanft und wohl von unserem erarbeiteten Gut ... sind also unsere Herren, wir ihre Knechte.“ (Luther,

Martin. Von den Juden und ihren Lügen, zit. nach Woeldike, Schatz, S. 17). Während also die Deutschen ehrlich ihrer Arbeit nachgingen, labten sich die Juden, diesen Vorstellungen nach, an der Arbeit anderer, um sich den Freuden des Lebens zuzuwenden. Hierbei wurde bei Luther – im Gegensatz zum Calvinismus und dem Puritanismus – zwar die körperliche Arbeit aufgewertet, nicht aber das Geld oder der Handel.

Die AutorInnen beschreiben hier, nach, wie sich diese Ausgrenzung der Juden in der Aufklärung und der Romantik immer weiter fortsetzte. Mit der zunehmenden Kapitalisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft ging auch ein zunehmender Zwang zur Arbeit einher. Es kam zu einer Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die sich etablierende Warenproduktion, in der die Dinge nicht mehr für den direkten Gebrauch, sondern für anonyme Märkte produziert wurden. „Erschien in der am Markt angebotenen Ware die besondere Form der Veräußerung von Arbeitskraft und der Gebrauchswert noch vermittelt, so erschien der Wert des Geldes nur noch als imaginär und zufällig. So wird im Juden das Abstrakte personifiziert: Wucherer und Jude wurden in eins gesetzt. Es war der Versuch, das abstrakte Prinzip des Tausches zu konkretisieren, um es dadurch bannen zu können“ (Woeldike, Schatz; S. 33). Diese Vorgänge führten somit zu der Dichotomie zwischen einer (positiv besetzten, deutschen) schaffenden Arbeit und einer (negativ besetzten, jüdischen) Nicht-Arbeit. Hieraus entstanden dann solche folgenreichen Verschwörungsmotoren wie die vom „raffenden Weltfinanzjudentum“ u.ä. Einen besonders aufschlussreichen Exkurs

bieten die AutorInnen, indem sie auch aufzeigen, wie sich diese Aufspaltung zu mindest zum Teil auch in der (sozialistischen) deutschen Arbeiterbewegung vollzog und diese somit latent antisemitisch war.

Im weiteren beschreiben Schatz und Woeldike dann, wie sich aus dieser beschriebenen Projektion der spezifische Arbeitsbegriff der Nazis entwickelte und sich die Deutschen in der Folge zur Volksgemeinschaft einschworren, in welche sich die „parasitären“ Juden hineingepflanzt hatten, um sie von innen heraus zu zerstören.

... bis heute

Zum Schluss ihres Buches beschreiben Woeldike und Schatz noch die Verhältnisse in Deutschland nach 1945. Hierbei gehen sie besonders auf den latenten und nach Auschwitz gebrochenen Antisemitismus, wie er sich beispielsweise in Diskussionen um Sozialschmarotzer, Faulenzer u.ä. zeigt ein. Der einzige Schwachpunkt dieser ansonsten sehr lesenswerten Studie ist allerdings, dass die AutorInnen nur wenig auf die Situation in der heutigen Linken eingehen. Die Kritik am Kapitalismus, die sich bei einigen Gruppierungen nur auf eine Kritik an Börsenkapital und bösen ‚global players‘ beschränkt, wird in ihrem Antisemitismus nicht berücksichtigt. Trotzdem ist dieses Buch sehr empfehlenswert.

WC
Freiheit und Wahn deutscher Arbeit/ Holger Schatz, Andrea Woeldike. Hamburg/ Münster: Unrast Verlag 2001

Anzeige



:bsztermine

Mittwoch, 10. Oktober

Herbstcastor

Informationsveranstaltung des Anti-Atom-Plenums Bochum/Bergisches Land mit Aktiven der Bürgerinitiative Lüchow/Dannenberg

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 6

Bochumer Friedensplenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 4

Genua-Benefiz Konzert 1

Hiphopjam mit McSpontan und DJ Amir, Das Gesindel, Gingerprinz Crew, Widerstand, Ekko (Royal Bunker). 20,- pro Tag oder 50,- für alle drei Tage, Infos unter: 0208-852454

Über 300.000 Menschen aus aller Welt demonstrierten im Juli dieses Jahres in Genua gegen den G8-Gipfel. Ihr Protest gilt einer Politik, die das unmoralische Machtspiel der multinationalen Konzerne, die systematische Zerstörung von Sozialsystemen in aller Welt, die kapitalistische Verneinung von kulturellen Räumen und ökologischen Raubbau an unserem Planeten stützt, statt entschiedenen zu reglementieren. In Übereinkunft mit den EU-Regierungen wurden die in der absoluten Mehrheit pazifistischen Proteste in erschreckend brutaler Rigorosität niedergeschlagen. Es gab zahllose Verletzte, über 250 fadenscheinige Verhaftungen und nicht zuletzt den ersten Anti-Globalisierungs-Toten. Mittlerweile sind die meisten der in Genua Inhaftierten aufgrund mangelnder Beweise wieder in Freiheit – mit den, in italienischen Gefängnissen, erlittenen seelischen und physischen Qualen und vor allem den immensen Anwaltskosten (allein für die beiden Oberhausener fällt eine fünfstellige Summe an) stehen sie weitestgehend alleine da.

Druckluft, Oberhausen, 19h

Donnerstag, 11. Oktober

Verbrechen Wirtschaft – moderner Kapitalismus als höchstes Stadium der organisierten Kriminalität mit Conrad Schuler, ISW München

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer

Genua-Benefiz-Konzert 2

Phoebus, Barbara Morgenstern, Rother & Moebius, Die Sterne und Mouse on Mars, Infos unter: 0208-2054024

Ebertbad, Oberhausen, 19h

Freitag, 12. Oktober

Genua-Benefiz Konzert 3

Alex Olik, Jim Wayne, Swingtett Sofa Planet, Tom Liwa, No Existence, Coem Damo, Suzuki & Jelly Planet. 20,- pro Tag oder 50,- für alle drei Tage, Infos unter: 0208-8597807

Zentrum Altenberg, 19h

Samstag, 13. Oktober

Friedensdemo in Berlin

Bustickets im Asta und Kino Bhf. Langendreer

13.00 Brandenburger Tor und Rotes Rathaus

Sonntag, 14. Oktober

Großes Frühstück des AZ-Plenums

Ein Antirassistisches Zentrum muss nach wie vor her! Wie, wird hier besprochen.

13.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation, Raum 6

Montag, 15. Oktober

Öffentliche Redaktionssitzung

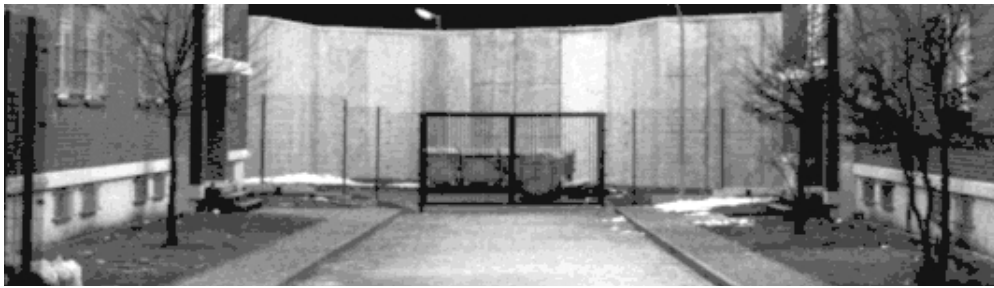
von bo-alternativ.de
19.45 Uhr, Bahnhof Langendreer, Eingang: Kino-Café Endstation

Dienstag, 16. Oktober

Poldi

Film: Slow Motion.
Film über die letzten Castortransporte nach Gorleben, mit anschließender Diskussion

20 Uhr, Kulturcafé, RUB



Bundesweite Demo gegen den Abschiebeknast in Büren

Offenes Deutschland

Nach den Anschlägen von New York kennt der Sicherheitswahn in Deutschland keine Grenzen mehr. Bisher nicht gewagt, soll jetzt endlich durchgesetzt werden; Ideen das Asyl- und Ausländerrecht weiter zu verschärfen gibt es genug: unbeschränkter Datenzugriff der Polizei, Fingerabdruck im Pass, bundesweite Rasterfahndung, Verschärfung des AusländerInnenrechts, Regelanfrage beim Verfassungsschutz für ZuwandererInnen. Gründe genug für 1500 Menschen am 3. Oktober in Büren gegen den dortigen Abschiebeknast zu demonstrieren und sich für die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze einzusetzen.

In Büren steht mit 560 Haftplätzen einer der größten Abschiebeknäste Westeuropas. Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts von 1993 ist es für Flüchtlinge kaum noch möglich in Deutschland ein Bleiberecht zu bekommen, d.h. sie werden gegangen oder gleich in ihre Herkunftsländer abgeschoben; was die Deportierten, die meist vor Bürgerkrieg, Armut, Folter und Mord geflohen sind, nach ihrer Abschiebung erwartet, interessiert die Behörden nicht. Um eine Abschiebung sicherzustellen werden viele Flüchtlinge in spezielle Abschiebeknäste eingesperrt. Nach §57 des Ausländergesetzes werden Flüchtlinge in Abschiebehaf genommen, wenn sie versucht haben, sich ihrer Abschiebung zu entziehen oder der „begründete Verdacht“ dazu besteht. Solch ein Verdacht besteht z.B. dann, wenn bestimmte Fristen oder Termine nicht eingehalten werden oder Flüchtlinge keine gültigen Papiere besitzen. Die Entscheidung liegt im Ermessen des Ausländeramtes, genauer des/der jeweiligen Beamten. In der Praxis werden die

gesetzlichen Regelungen, die schon rassistisch genug sind, oft genug umgangen, so dass es beispielsweise vorkommt, dass ein Flüchtling während eines regulären Termins beim Ausländeramt von der Polizei verhaftet wird. Auch die höchstens 18 Monate Haftzeit werden häufig überschritten.

Idyllisches Büren

Anfang der 90er Jahre wurden die in Büren lebenden Menschen vor die Wahl gestellt, sich zwischen einer Unterkunft für Flüchtlinge und dem Abschiebeknast zu entscheiden. Sie entschieden sich mit großer Mehrheit für den Knast. Fernab von jeder Öffentlichkeit, nur mit eigenem PKW zu erreichen, dafür aber ausgestattet mit neuester Sicherheitstechnologie und umgeben von einer 6m hohen Betonmauer befindet sich der Knast etwa 8km von Büren entfernt mitten im Wald. Das war und ist den meisten EinwohnerInnen lieber, als dass sich Flüchtlinge in ihrem schönen Dorf aufhalten. Auch während der diesjährigen Demonstration zeigten sie deutlich, dass sie in ihrer rassistischen Kleinstadt idylle nicht gestört werden wollen – nicht einmal Flugblätter wurden angenommen, dafür Deutschlandparolen gebrüllt.

System Abschiebeknast

Das Internieren von Menschen in Abschiebeknästen ist nur der Gipfel der rassistischen Sondergesetzgebung in der BRD, die immer wieder zum Tod von Flüchtlingen führt. Aus Angst vor der drohenden Abschiebung haben sich seit 1993 mindestens 45 Menschen in Abschiebehaf das Leben genommen, zwei davon in Büren. Der Alltag im Bürener Knast besteht aus 13-22 Std. Einschluss in den

Zellen. Nur wenige Gefangene haben das „Privileg“, für einen Stundenlohn von DM 1,25 Kabel zu binden oder eintüten zu dürfen. Die meisten Gefangenen sind völlig mittellos. Den Kontakt zu Familie und FreundInnen zu halten, gestaltet sich schwierig. Den Gefangenen ist es zwar erlaubt zu telefonieren und Besuch zu empfangen, aber allein die Lage des Knastes ist für viele Besuchswillige ein nicht zu überwindendes Hindernis. Dazu kommt ein im Knast etabliertes Bestrafungssystem, das vom Entzug von Büchern, Radio/TV und Freizeitgegenständen über Sperre von Freizeit, Arbeit (wenn vorhanden) und von Besuchen bis zu verschärftem Arrest reicht. Dieser Arrest im Knast bedeutet: bis zu vier Wochen Leben in totaler Isolation, kein Kontakt zur Außenwelt oder zu Mithäftlingen, kein Radio/Fernsehen, keine Bücher, nichts. Eine Stunde Hofgang allein als einzige Abwechslung. 1994 wurde bekannt, dass Häftlinge mit der „Schaukelfesselung“ gefoltert wurden, d.h. Fesselung der Hände und Beine auf den Rücken; diese Misshandlung wird nach Protesten inzwischen nicht mehr angewandt.

Power durch die Mauer...

Seit der Knast 1994 eröffnet wurde gibt es verschiedene Formen von Widerstand. 1994 und '95 kam es sogar zu Häftlingsrevolten. Die Gefangenen protestierten u.a. gegen die schlechten Haft-

bedingungen und die ungenügende Betreuung. Die Hilfe von Außen wird im wesentlichen getragen vom Verein „Hilfe für Menschen in Abschiebehaf Büren e.V.“. Dieser war es auch, der die ersten Demos organisierte. 1998 machte die „Karawane für die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge“ in Büren Station. Die diesjährige Demo wurde von einem breiten Bündnis antirassistischer und antifaschistischer Gruppen getragen. Zusätzlich zu den jährlichen Demonstrationen finden immer wieder Mahnwachen und Protestkundgebungen in Büren und Paderborn statt, so z.B. zum Todestag von Rashid Shabai, der am 30. August 1999 in der Arrestzelle des Knastes ums Leben kam, oder bei der Abschiebung des Aachener Friedenspreisträgers und Sprechers des Wanderkirchenasyls NRW, Hüseyin Calhan, in die Türkei. „Der Kampf für eine humanere Gesellschaft und gegen Rassismus aller Art wird weitergehen. Wir werden weitermachen, bis alle Gefangenen frei und der Knast dicht ist. Der Abschiebeknast ist eine Institution, die sich mit unserem Verständnis von Menschenrechten und Demokratie nicht verträgt. Die Repressionen gegen Flüchtlinge in Deutschland finden hier ihren grausamen Höhepunkt. Die zahlreichen Opfer des institutionellen Rassismus sind eine Mahnung für die Ungerechtigkeit und Brutalität bundesdeutscher Asylpolitik.“ (Aus dem Demo-Aufruf).

am

:bszunsymp

studiert bloß nicht in ...

Bielefeld

Was genau zeichnet eigentlich eine gute Wohnlage aus? Sicherlich ein ausschlaggebender Grund ist doch die Nähe zu einer Bude, auch Trinkhalle oder Durst-Shop genannt. Oder – noch besser – zu einer 24-Stunden-Tanke, wer weiß, was nach Verstärken der öffentlichen Ladenschlusszeiten noch so alles von Nöten sein könnte, z.B. ein leckerer Mars-Schokoriegel in Getränkeform! Oben angeführte Infrastruktur ist in Bielefeld jedoch leider nicht existent, also Entwicklung eines Alternativplans:

Plan B: Wohnung in Uninähe. Könnte man in Bielefeld zwar versuchen, doch spätestens dann ist der schönen Welt des Konsums zu entsagen. Dort ist nicht mal zu den regulären Öffnungszeiten das gewünschte Produkt zu erstehen, weil um die Uni herum einfach nichts ist (außer Parkhaus 2, in dem aus politischen Gründen das Parken vermieden werden sollte). Eine sehr geringe Chance hat man vielleicht noch in der Uni-Wandelhalle. Alternative:

Plan C tritt in Kraft: Wohnung mitten im Kneipenviertel. Hier gibt's zwar kein Mars zum Trinken, aber andere Sachen. Wie zu erwarten, ist aber nicht mal das eine richtige Alternative, es sei denn, man erträgt es, in der Zeit von 1 Uhr nachts bis zur Öffnung der Geschäfte dem Konsum abzuschwören.

Der beste Plan ist es aber wahrscheinlich, einen Marsdrink-Vorrat aus besser infrastrukturierten Gebieten zu importieren und nicht länger als eine Nacht in Bielefeld zu verweilen – die Zeit sollte ausreichen, um sich der Existenz Bielefelds zu versichern. Hierfür bietet sich dann übrigens eine Übernachtung im Jugendgästehaus an – immerhin ein offizielles Expo-Projekt!



Jetzt ist hier noch massenweise Platz mehr zu schreiben; allein: Bielefeld gibt's nicht her. Sorry.

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AstA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Thilo Machotta (mac), Andrea Manske (am), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o AstA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; Fax: 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

- Mensa-Plan für die Woche vom 15. bis 19. September -

Unser Standard	Die Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 10.10.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Puten „Cordon bleu“ mit einer Tomatensauce, dazu grüne Nudeln und ein Salat	Eieromelette, natur dazu eine helle Champignon-Rahmsauce, Dampf-kartoffeln und Rahmspinat	(S) Schweineschnitzel gebraten mit Tomaten und Käse überbacken, Tomatensauce, Pammes und Salat	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
DONNERSTAG, 11.10.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Hähnchenbrustfilet im Knuspermantel Geflügelsauce, Bratkartoffeln, Pariser Harottenge	Tofusteak mit einer Asiasauce, dazu Vollkornspaghetti und ein bunter Rohkost-Mix	Heringsstipp in Gurken-Apfel-Rahmsauce, dazu Röstkartoffeln und ein Salat	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
FREITAG, 12.10.				
Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke / Salatbar	Paniertes Schollenfilet mit einer Remouladesauce, dazu Kartoffelsalat und ein Salat	Bami-Medaillon mit einer Hasinsauce, dazu Vollkornnudeln und ein Asiagemüse	Gebratenes Geflügelsteak mit einer Paprika-Rahmsauce, dazu Rösti und ein Erbsengemüse	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
MONTAG, 15.10.				
(S) Schlemmerhocksteak mit einer Bratensauce, dazu Bratkartoffeln und Champignons a la creme	Putenspieß mit einer Pustzasauce, dazu Spaghettini und ein Salat	Tofusteak mit einer Roggensauce, dazu Vollkornreis und ein Erbsengemüse	(S) Schweineschnitzel „Cordon bleu“ mit einer Bratensauce, dazu Erbsengemüse und Pammes	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke
DIENTAG, 16.10.				
(S) Schweineschulterbraten mit einer Bratensauce, dazu Kartoffelklöße und Apfelrotkohl	Putenschnitzel, paniert mit Tomaten und Käse überbacken, Tomaten-Sauce, grüne Nudeln und Salat	Kartoffeltasche, gefüllt mit Frischkäse, dazu eine Sonnenblumenkernsauce, Vollkornreis und Blattspinat	Geschnetzeltes Geflügel in Champignonrahmsauce, dazu Kartoffelrösti und Salatbeilage	Bitte nutzen Sie das Angebot unserer Nudeltheke